



## TV-Tipp: Bernd Lucke bei Stuckrad-Barre



Heute Abend um 23

Uhr ist der AfD-Vorsitzende Bernd Lucke zu Gast in der politischen Unterhaltungssendung [„Stuckrad Late Night“](#) auf Tele5. Man darf gespannt sich, wie sich der 51-jährige Professor der Makroökonomie beim Enfant terrible-Moderator Stuckrad-Barre schlagen wird. Besonderer „Gag“ der Redaktion: Lucke muss 30 Minuten lang in eine blau-weiße Landesfahne der Griechen gewandet auf der Bühne sitzen – lustig ist anders.

Hier ein Vorgeschmack:

---

# Kriegstreiber Türkei schießt syrischen Hubschrauber ab

Wie hat man uns den EU-Beitritt der Türkei seit Jahren schöngeredet. Die Türkei sei das friedliche Bindeglied zwischen Orient und Okzident. Pfeifendeckel! In Wirklichkeit sind die Grenzen Erdogans zu seinen islamischen Nachbarn blutig, und die Türkei hetzt uns in den Krieg gegen Syrien. Idiotisch, daß wir dem Erdogan unsere Raketen samt Bedienung geschickt haben. Seit Wochen hofft er, der Westen werde Syrien angreifen, damit er sein sunnitische Weltreich vergrößern kann. Nachdem die Obama-Regierung gerade noch die Kurve weg vom Krieg gekriegt hat, provoziert nun Erdogan „Zwischenfälle“, um den Westen doch noch als hilfreichen Trottel für seine Pläne einzusetzen. [Er schießt einfach wieder einmal einen](#) syrischen Hubschrauber ab, um den Konflikt aufzuheizen! Türkei, verschwinde aus Europa!

---

## Hartz IV bald auch für Migranten?



Gibt es weltweit irgend ein Land, das Ausländer aufnimmt, die weder die Landessprache sprechen noch irgend eine Berufsausbildung haben? Wenn es nach dem Landessozialgericht in Essen geht, bekommen solche „Fachkräfte“ zukünftig auch noch die gleichen Sozialleistungen, wie jemand, der sein ganzes Berufsleben in die Sozialsysteme eingezahlt hat. [Der Westen](#) berichtet:

*Der 19. Senat des Landessozialgerichts (LSG) Essen kam in einem Eilverfahren zu dem Schluss, dass Menschen aus EU-Staaten Anspruch auf Hartz-IV-Zahlungen haben, wenn sie Deutschland zu ihrem neuen Lebensmittelpunkt erklären.*

*Der konkrete Fall: Im Januar 2013 hatte ein bulgarisches Paar mit vier Kindern in Hamm Hartz IV beantragt. Die Familie war 2012 nach Hamm gekommen – aber die Eltern fanden keine Arbeit. Laut Gericht haben beide keine Ausbildung und sprechen noch kein Deutsch.*

*Sie lebten von 773 Euro Kindergeld und ihren Ersparnissen. Als die aufgebraucht waren, beantragten sie Hartz IV. Bislang galt für Fälle wie diesen: Die Familie ist nicht Hartz-IV-berechtigt, weil sie sich allein zur Arbeitssuche in Deutschland aufgehalten hat.*

*Da die Familie aber erklärte, in Deutschland bleiben zu*

wollen und hier ihren neuen Lebensmittelpunkt gefunden zu haben, kassierte das Landessozialgericht die Entscheidungen der Stadt Hamm und des Sozialgerichtes Dortmund jetzt per Eilverfahren ein. Beide hatten den Hartz-IV-Antrag der Familie abgelehnt. Das entscheidende Hauptverfahren steht noch aus.

Thilo Sarrazin auf Seite 370 von „Deutschland schafft sich ab“:

*Darüber hinaus wird immer wieder verdrängt, dass die deutsche Einwanderung der letzten Jahrzehnte nicht Einwanderung in die Erwerbstätigkeit, sondern überwiegend Einwanderung ins Sozialsystem war: Von 1970 bis 2003 stieg die Zahl der Ausländer in Deutschland von 3 auf 7,3 Millionen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Ausländer blieb hingegen mit 1,8 Millionen konstant.*



## Hessen vor der Wahl: Politik am Ahmadiyya-Gebetsteppich

✘ „Ich bin gesandt worden, um das Kreuz zu brechen, das Schwein zu vernichten.“ Damit meinte Mirza Ghulam Ahmad, Begründer der Ahmadiyya, das Christentum. Und Abdullah Uwe Wagishauser, der Chef der deutschen Ahmadiyya, gibt offen zu,

dass das eigentliche [Ziel der Ahmadiyya das Kalifat](#) sei. Das stört aber Hessens Politelite kein bisschen, denn die fand sich gewissermaßen zum „kleinen Landtagsgespräch“ am Gebetsteppich der Ahmadiyya-Sekte in deren Gebetsraum ein.

*(Von L.S.Gabriel)*

Die illustre Runde setzte sich aus Torsten Schäfer-Gümbel, Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender der hessischen SPD, Yasar Bilgin, Landesvorstand der CDU Hessen, Nicola Beer, hessische Kultusministerin (FDP) und Tarek Mohamed Al-Wazir Spitzenkandidat der Grünen für die Landtagswahl in Hessen (Foto von l. n. r.), zusammen. Die vier Volksvertreter trafen sich am Sonntag in der Ahmadiyya-Gemeinde in Bonames, um sich mit den etwa 300 moslemischen Wählern über Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auszutauschen.

Der Moslem Yasar Bilgin ist Landesvorstand der CDU Hessen und hatte seine Not damit, den anwesenden Glaubensbrüdern die Haltung seiner Partei zum Thema Kopftuch zu erklären. Die [Frankfurter Rundschau](#) schreibt:

*„Das Kopftuch ist ein Gebot des Islams“, betonte er. Mit Blick auf die vorherrschende Meinung innerhalb der CDU sagte er jedoch, das Thema brauche Zeit. In den letzten 15 Jahren habe sich das Verhältnis seiner Partei zum Islam jedoch stark verbessert, beteuerte er. Tarek Al-Wazir, Spitzenkandidat der Grünen, sagte, der Ist-Zustand beim Thema Kopftuch könne nicht die Lösung sein: „Entweder man verbietet alle religiösen Symbole, oder man erlaubt alle.“*

Besonders beliebt wollte sich aber wohl Nicola Beer von der FDP machen:

*Applaus erntete Nicola Beer (FDP) für ihr Angebot, dass die Römer-Fraktion ihrer Partei eine Anfrage einbringen werde, um herauszufinden, „an welchen Stellen in der Stadt der Magistrat die Möglichkeit sieht, eine Moschee zu errichten.“*

*Mehrfach hatten Gemeindemitglieder das Fehlen eines muslimischen Gotteshauses in der Stadt bemängelt.*

Am Ende bestätigte ein Mitglied und Mitorganisator dieser Islamanbieterungsveranstaltung die vier Politiker: „Für die Wahlbeteiligung in unserer Gemeinde ist diese Diskussion sehr bedeutend.“

Wie schön zu sehen, dass die Rechnung, „gib dem Islam und den Feinden unserer Kultur Anerkennung und du bekommst willige Wähler“, so gut aufzugehen scheint. Hessen hat die Ahmadiyya ja auch schon als Körperschaft des Öffentlichen Rechts anerkannt und sie damit den christlichen Kirchen gleichgestellt. Sabatina James hält diese Anbieterung an die islamische Splittergruppe für ein „gefährliches Spiel“. Bei dem man dann wohl den Islam-Terror, gewissermaßen durch die Hintertür, auf das gesellschaftliche und politische Parkett hebt. Die Ahmadiyya sei besonders dem Christentum gegenüber sehr feindlich eingestellt, [sagt Sabatina James](#).

Auszug aus der Ahmadiyya-Lehre:

*„...den Juden und den Christen wird angeraten, nichts gegen den verheißenen Propheten zu unternehmen. (...) Es werde keinen Sinn haben, sich ihm zu widersetzen... Widersetzlichkeit werde nur bedeuten, dass die Widersacher selbst vernichtet würden.“  
(Ahmadiyya Koran- Anleitung)*

*„Es wird in dieser Welt nur eine Religion geben und nur einen Propheten, der uns leitet.“ (Tazkirah 462, 463)*

*„Alle Glaubensbekenntnisse werden zugrunde gehen, mit Ausnahme des Islams.“ (Tabligh-e-Risalath)*

*„Beim ersten Aufstieg des Islams war der Untergang der christlichen Völker nicht endgültig, aber sein Wiederaufstieg in unserer Zeit wird die vollständige Verdrängung der Lehrsätze des Christentums herbeiführen.“ (Ahmadiyya Koran,*

S. 644, Anm. 153)

Auch der [100 Moscheen-Plan für Deutschland](#), als Vorbereitung für das künftige Kalifat ist diesen Politikern Hessens offenbar kein Dorn im Auge. Hauptsache es gibt 300 Wählerstimmen mehr, was interessiert da schon die Zukunft Deutschlands und der Deutschen, denen sie sich offenbar schon lange nicht mehr verpflichtet fühlen.



## Deutsch-Türkisches Journal: FREIHEIT „breivikistisch“ und „rechtsextrem“



DIE FREIHEIT kam bei ihrer ersten Wahl in Oberbayern, bei der sie einer medialen

Dauerhetzpropaganda ausgesetzt war und von allen Münchner Stadtratsparteien noch kurz vor dem Urnengang offiziell zum [Feindbild Nummer eins](#) erklärt wurde, auf magere 0,1 %. In München, wo durch das Bürgerbegehren die Bekanntheit etwas größer ist, auf 0,2%, in meinem Direktwahlkreis München-Bogenhausen bei der Erststimme immerhin 0,6%. Nun bezeichnet das Deutsch-Türkische Journal in ihrer Wahlberichterstattung DIE FREIHEIT als „rechtsextrem“ und „breivikistisch“. Das ist ein weiterer Höhepunkt in der medialen Schlammschlacht.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: DIE FREIHEIT auf die Ebene eines Massenmörders zu hieven. Nun, wenn man die SED als „Mauermörderpartei“ und die LINKE als „Nachfolger-Mauermörderpartei“ darstellt, hat das noch einen sachlichen Hintergrund. Aber eine kreuzbrave bürgerliche Partei, die selber andauernd Gewalt, Bedrohungen und massiven Anfeindungen ausgesetzt ist und dies alles gleichmütig erträgt, mit einem Massenmörder zu assoziieren, übertrifft alles bisher dagewesene. Die Türken in der Redaktion scheinen eine ganz besonders ausgeprägte realitätsferne Phantasie zu haben. Der entsprechende Absatz im Wortlaut:

*Auch rechtsradikale Parteien wie die Republikaner oder die rechtsextremistischen Wahlvorschläge NPD und „Die Freiheit“ konnten keinen Stich landen. Die Republikaner kamen in ihrer einstigen Hochburg auf 1,0%, die NPD auf 0,6. Eine besondere Demütigung erfuhr die breivikistische Partei „Die Freiheit“, die mit dem „Promi“ hinter dem rassistischen Blog „Politically Incorrect“ (PI), Michael Stürzenberger, als Lokalmatador auf 0,1% kam und mit 5979 Stimmen lediglich die verschwörungsideologische La-Rouche-Sekte „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ hinter sich lassen konnte.*

[Hier der gesamte Erguss](#) des Deutsch-Türkischen Journals. Zum schwachen Wahlergebnis für DIE FREIHEIT lässt sich noch sagen,



dass wir uns in Bayern im Vorfeld keinen Illusionen hingeeben haben. Den meisten bürgerlich-konservativen Wählern war die Verhinderung des roten Ude als Ministerpräsident das Wichtigste. Und das wurde durch den 4,3%-Sprung bei der CSU auch eindrucksvoll geschafft.

Unsere junge Partei ist bisher kaum bekannt, und wenn, dann wird über sie unsachlich gehetzt. Von anderen Parteien, Kirchenvertretern, Gewerkschaften und vor allem den Medien. Nur wenige Presse-Erzeugnisse [wie die Preußische Allgemeine Zeitung](#) und die Junge Freiheit haben bisher fair berichtet.

Das Wahlgesetz in Bayern erschwert die landesweite Teilnahme zudem erheblich. So muss man in allen sieben Regierungsbezirken Unterstützungsunterschriften einholen, alleine in Oberbayern 2000. In den restlichen Bezirken fanden sich nicht genügend Aktive zum Sammeln. Leider sind die meisten unserer Mitglieder beruflich und familiär stark eingespannt. Wer einmal auf der Straße dazu im Einsatz war, weiß, wie schwer das ist. Wir hätten dies in Oberbayern auch nicht ohne die tatkräftige Unterstützung von Helfern aus Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg geschafft.

Es fällt konservativen Bürgern auch sehr schwer, sich bei Kundgebungen und Infoständen auf der Straße zu zeigen. Noch dazu bei dem heißesten und gefährlichsten Thema, das derzeit unseren Planeten bewegt. All dies sind hohe Hürden, die es einer politisch inkorrekten Partei schwer machen, sich durchzusetzen.

Aber wir in Bayern gehen unseren Weg konsequent und unbeirrt weiter. Wir wissen, dass hinter uns alle Fakten und Tatsachen stehen. Wir wissen auch, dass uns die Zeit Recht geben wird. Die Zustände werden immer schlimmer, die Parallelgesellschaften immer gefährlicher, moslemische Bereicherer immer aggressiver, die Gewalt immer brutaler und der physische wie psychische Terror in Kindergärten, Schulen,

auf den Straßen, Plätzen, in U-Bahnen, Bussen und Zügen sowie im Nachtleben immer unerträglicher. Der Islam ist leicht einzuschätzen, da diese starre Ideologie seit 1400 Jahren reichlich Anschauungsmaterial aus vielen Ländern liefert.

In Bayern ist in vielen Kleinstädten hingegen die Welt noch in Ordnung. Bei unserer Kundgebung in Landsberg beispielsweise sagte uns ein Bürger nach der Veranstaltung:

*„Klasse Kundgebung, aber Ihr kommt 20 Jahre zu früh“*

Die Landsberger, wie auch die Rosenheimer, Freisinger, Erdinger, Garmischer, Ingolstädter – egal wo wir waren – sind eben noch nicht richtig „bereichert“. Die Nachrichten, die aus aller Welt auf sie einprasseln, berühren sie nicht, solange die eigene Kirche noch nicht brennt, der örtliche Pfarrer noch nicht geköpft und das eigene Leben noch nicht bedroht wurde. Ich schätze, selbst wenn es in München zu knallen beginnt, werden sich viele in den Kleinstädten denken:

*„Na und? Bei uns ist doch schließlich noch alles in Ordnung“*

Wir haben festgestellt, dass wir die Bürger in den Städten außerhalb Münchens auch kaum mit dem eigenen Geldbeutel packen können. Dass die EU-Schuldenunion ihr eigenes Geld verprasst, wollen die meisten nicht wahrhaben. Sie sehen nur, dass es momentan wirtschaftlich in Deutschland gut läuft, der Job sicher erscheint, die Läden voll sind, sie nach Herzenslust einkaufen können und über viel Freizeit verfügen.

Kaum einer ist bereit, über den Tellerrand hinauszuschauen. Sie werden erst aufwachen, wenn die Inflation ihre Ersparnisse frisst, ihre Lebensversicherung keinen Ertrag mehr abwirft und ihre Rente nicht mehr zum Existenzminimum reicht. Auch der Raub unserer Sozialsysteme durch Schein-Asylanten, Arbeitsverweigerer und Betrüger entrüstet kaum jemanden.

Es trauen sich in Kleinstädten auch nur ganz wenige während

der Kundgebungen zu uns zu kommen. Zu groß ist die Angst, in der Stadtgemeinschaft dann gemobbt zu werden, wenn man sich bei einer solch „inkorrekten“ Partei blicken lässt. Es gibt noch viel Eis aufzutauen in diesem Land.

Wir in München peilen jetzt das Erreichen des Bürgerentscheides an, wozu noch knapp 4000 gültige Unterschriften fehlen. Die Bürger-Abstimmung wird dann eine nationale und internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Im März folgt schließlich die Kommunalwahl, bei der das Erringen von einem oder vielleicht sogar mehreren Stadtratssitzen im Bereich des Möglichen erscheint.

Diese Landtagswahl war für uns in Bayern ein Testlauf, in dem wir viele Erfahrungen sammeln konnten. Wir zeigten auch, dass wir uns trotz der geballten Empörungsmaschinerie keinesfalls verstecken, sondern offensiv antreten. Der Kampf geht weiter, bis wir am Ziel sind.



**Syrien: Hälfte der Aufständischen „Islamisten“ sind**



Wer wissen möchte, wer sich so alles unter den sogenannten „Aufständischen“ in Syrien tumelt, wird in einem Artikel des österreichischen [Standard](#) fündig. **Update: Chemiewaffen-Angriff wohl nachweislich von „Rebellen“ inszeniert!**

*Rund die Hälfte aller Aufständischen gegen den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad sind einer britischen Studie zufolge Islamisten. Rund 30.000 bis 35.000 Kämpfer seien islamistische Hardliner, heißt es in einer Studie von „[IHS Jane's](#)“, aus der der „[Daily Telegraph](#)“ in seiner Montagsausgabe zitiert. Darüber hinaus gebe es rund 10.000 Jihadisten, die nicht nur für einen Umsturz in Syrien kämpften, sondern für den weltumspannenden Kampf von Islamisten im Fahrwasser des Netzwerks Al-Kaida einträten.*

*Insgesamt wird die Zahl der Anti-Assad-Kämpfer in der Studie auf rund 100.000 veranschlagt. „Der Aufstand wird von Gruppen dominiert, die einen islamistischen Standpunkt vertreten“, sagte der Autor der Studie, Charles Lister. Die Aufständischen seien in rund 1000 bewaffnete Gruppen unterteilt. Für die Studie wurden Befragungen von Aufständischen und Geheimdienstinformationen ausgewertet.*

Bei einer Niederlage Assads würde Syrien zu einem zweiten Afghanistan wie zu Zeiten der Taliban werden.

**Update:** [International Business Times meldet](#), dass die

Chemiewaffen-Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit von den islamischen Terrorgruppen inszeniert wurden:

*Unsere Quellen bestätigen, dass am 21. August ein Chemiewaffenangriff Tote und Verletzte in einem Vorort von Damaskus verursachte. Diese Quellen bestehen jedoch darauf, dass dieser Chemiewaffeneinsatz nicht das Resultat eines Angriff durch die Syrische Armee war... Gemäß den CIA-Mitarbeitern, die in Syrien arbeiten, ist das die hervorstechendste Tatsache. Sie sagen uns, dass CIA Direktor John Brennan ein Täuschungsmanöver vom Typ des Irak-Kriegs vollführt – gegenüber dem Kongressabgeordneten, den Medien, der Öffentlichkeit – und vielleicht auch Ihnen gegenüber. (..)*

*Es gibt zunehmend mehr Belege aus einer Vielzahl von Quellen im Nahen Osten – großteils verbunden mit der Syrischen Opposition und ihren Unterstützern, die starke Indizien dafür liefern, dass der Chemiewaffeneinsatz am 21. August eine geplante Provokation der Syrischen Opposition und ihrer saudischen und türkischen Unterstützer war. Das Ziel soll es gewesen sein, einen Vorfall zu schaffen, der die USA dazu bringt, Krieg zu führen.*

*Entsprechend einiger Berichte wurden Kanister mit chemischen Substanzen in einen Vorort von Damaskus gebracht, wo sie dann geöffnet wurden. Einige Leute in der unmittelbaren Umgebung starben, andere wurden verletzt. Wir kennen keine verlässlichen Hinweise, dass eine Syrische Rakete, die in der Lage wäre, chemische Stoffe zu transportieren, in dieses Gebiet gefeuert wurde. Tatsächlich kennen wir keine verlässlichen Beweisgegenstände, die die Behauptung stützen, dass das ein Schlag einer Syrischen Militäreinheit Chemiewaffen gewesen wäre, die über Chemiewaffen verfügt.*

*Darüberhinaus haben wir erfahren, dass am 13./14. August 2013 die vom Westen finanziell unterstützte Opposition in der Türkei Angriffsvorbereitungen für einen großen, irregulären*

*militärischen Sturm begonnen hat. Einleitende Treffen zwischen hohen Militärkommandanten und Geheimdienstleuten aus Katar, Türkei und den USA fanden in der umgebauten türkischen Kaserne in Antakya (Provinz Hatay) statt, die nun als Kommandozentrale und Hauptquartier der Freien Syrischen Armee (FSA) und ihrer ausländischen Finanziere benutzt wird.*

In Syrien braut sich ein gefährliches Gemisch zusammen. Chemiewaffen-Einsätze von Al-Qaida-Kämpfern, islamischer Terror, Allahtreue todesverachtende Krieger – jeder Christ, Alawit und sonstiger Nicht-Moslem in Syrien kann einem Leid tun. Wenn Obama unbedingt Krieg spielen will, dann sollte er auf Seiten Assads dem islamischen Wahnsinn ein Ende bereiten. Aber das wird er nie tun, da er nur die Achse Assad-Putin-Iran in seinen politischen Überlegungen als bedrohlich ansieht. Und er die Türkei, Katar sowie Saudi-Arabien, die die Djihadisten massiv unterstützen, nicht brüskieren will.



**Grüne Jugend unterstellt AfD  
inszenierten Brandanschlag  
und Neonazi-Personal**



Die „Grüne Jugend“

(GJ) wirft dem ehemaligen Kreisvorsitzenden der Alternative für Deutschland in Göttingen, Lennard Rudolph, und sämtlichen mit ihm in Verbindung stehenden Parteistrukturen vor, einen [Brandanschlag auf ihn selbst inszeniert](#) und als Propaganda gegen politische Gegner ausgeschlachtet zu haben; [dies meldet das Online-Portal „HNA.de“](#).

*(Von Rechtskonservativer Denker)*

Rudolphs Aussagen zum Brandanschlag seien schlicht eine verlogene Strategie und erfüllten somit laut der Grünen Jugend den Straftatbestand der Vortäuschung einer Straftat. Die Partei hätte derartige Behauptungen genutzt, um von sich behaupten zu können, im Visier von „gewalttätigen Linksfaschisten“ zu stehen.

Genau diese linksfaschistischen Umtriebe zeigten sich beispielsweise zuletzt durch einen [Angriff auf AfD-Chef Lucke](#), einen Faustschlag ins [Gesicht einer AfD-Politikerin](#), dem [Bedrohen des Kindes](#) eines AfD-Funktionärs, dem [Attackieren von AfD-Wahlhelfern](#) oder der [Demolierung von zahlreichen Wahlkampfplakaten](#) der AfD.

Des Weiteren wirft man der AfD vor, die Partei hätte unter Verantwortung von AfD-Funktionär Ulrich Abramowski über lange Zeit hinweg „die rechten Umtriebe in Göttingen ignoriert und toleriert, zuletzt sogar offensiv verleugnet und zu verschleiern versucht“.

Weiter hetzt die grüne SED-Jugend: „Ohne die ausdauernden antifaschistischen Proteste wäre der Neonazi Steinke auch heute noch in Amt und Würden.“

Der stellvertretende Vorsitzende und Pressesprecher der Partei, Lars Steinke, wird hier somit von der Jugendorganisation der Grünen offiziell als Neonazi bezeichnet.

Die AfD schaut bei den politischen Interessen ihrer Mitglieder genau hin; dementsprechend werden ehemalige Teilhabende rechtsextremer Kreise nicht in die Partei aufgenommen. Dennoch sei die Partei nach Ansicht des linken Blocks eine rechtsradikale Partei. Die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth, sprach in ihrer Verzweiflung angesichts der schlechten Umfragewerte ihrer Partei und der Offenheit der AfD, [zuletzt von einer „Rechtsaußen-Partei“](#), um mit der Faschismus-Keule gegen die liberal-konservative Partei vorzugehen, die sämtlichen Bundestagsparteien derzeit schweren Schluckauf beschert.

Weder haben diese unverschämten Gören Beweise für ihre völlig absurde Behauptungen, noch würde kein normaler Mensch einen völlig unberechenbaren Brand legen, um ihn danach als politische Propaganda zu missbrauchen. Diese Art von Tränendrüse hat nur die Vorsitzende der grünen SED, Claudia Roth, regelmäßig nötig, um ihre unglaubliche Betroffenheit zu demonstrieren, wenn mal jemand offen über Migrantengewalt spricht und somit angeblich die Gefühle der unheimlich missverstandenen Einwanderer verletzt.

Wie unglaublich verlogen und gestört muss man sein, dass man sich im Teenie-Alter, in dem jeder zweite Gang der zum Clearasil-Regal ist, zu solch unfassbar dreisten Mutmaßungen von der verlogenen Bundespartei einspannen lässt?

Jetzt fehlt nur noch, dass die GJ noch Parallelen zum Reichstagsbrand in damaligen Nazi-Reich zieht. [So ähnlich geschah es zuletzt](#) bezüglich der Hellersdorfer Proteste gegen das Asylantenheim, bei denen diese unverschämten Kinder den unappetitlichen Vergleich zu den Vorfällen von Rostock-Lichtenhagen im Jahre 1992 zogen.



Diese Art von Lüge und Verleumdung ist ein Schlag ins Gesicht von Rechtsstaat und Demokratie und zeigt mehr als deutlich, dass die roten Faschisten in saftig-grüner Verkleidung nur mit krummen Methoden gegen ihre politischen Gegner Fronten schieben und innerhalb der Partei fast alles über Indoktrination funktioniert, mit der man diese unsäglich frechen Bälger für verlogene Propaganda heranzieht und dem Ganzen eine vermeintlich gute, gerechte und kinderfreundliche Fassade verpasst.

Diese Hinterhältigkeit erinnert direkt an die Kommunisten und Nazis, die zum eigenen Vorteil andere belasten müssen, aber nicht an bodenständige Demokraten.

Deutschland, deine Kinder schaffen dich ab.

---

## Tübingen: Südländer verprügeln 24-Jährigen



Die „kulturelle Bereicherung des Tages“ durch Bewohner aus dem ominösen Südländ fand am Samstag im schwäbischen Tübingen statt. Bereichert wurde diesmal ein 24-Jähriger in der für Fachkräfte gewohnten Überzahl von drei gegen einen. Der [Polizeibericht](#) vermeldet:

*Tübingen; Am Sonntag, 15.09.2013 gegen 01.24 Uhr wurde ein 24-jähriger Rottenburger am Europaplatz nach bisherigen Erkenntnissen grundlos von einer dreiköpfigen Personengruppe zusammengeschlagen. Er wurde von den jungen Männer, es soll sich um Südländer handeln, mit Fäusten ins Gesicht geschlagen und als er am Boden lag noch von diesen getreten. Der Geschlagene mußte zur Behandlung in eine Klinik verbracht werden.*

» Lesetipp: [Das Schlachten hat begonnen](#) – von Akif Pirincci

---



**Ist der neue IOC-Chef ein Israel-Boykotteur?**



Letzte Woche wurde Thomas Bach (Foto: mit Scheich Ahmed Al-Sabah) mit arabischer Unterstützung zum [neuen Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees \(IOC\)](#) gewählt. Bach ist seit 2006 Präsident von [Ghorfa](#), einer arabisch-deutschen Industrie- und Handelskammer. Ghorfa wurde in den 70er Jahren von arabischen Ländern gegründet, [um den Handel mit Israel zu boykottieren](#). Auch unterstützte Bach Jacques Rogge, seinen Vorgänger als IOC-Präsident, bei der [Verweigerung einer Schweigeminute](#) zur Eröffnung der Olympiade 2012 für die bei den olympischen Spielen 1972 ermordeten elf israelischen Sportler. Charlotte Knobloch, frühere Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, bezeichnete Bach jedoch bei ihrer Gratulation zu dessen Wahl als [„bekennenden Freund des Staates Israel“](#). (ph)

---



# Rote Socke Kemper stellt Anti-AfD-Buch vor



Der extrem linke und extrem sozialistisch geblendete Kommunist Andreas Kemper (kleines Foto), veröffentlichte kürzlich sein neues Buch mit dem Namen „Rechte Euro-Rebellion: Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V.“, in dem er die AfD als ein durch Euro-Kritik getarntes Sammelbecken von Rechtsextremisten darstellt. Sämtliche Prioritäten der AfD wie eine Eingrenzung der Zuwanderung, Euro-Skepsis oder die konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips, werden als „rassistisch“, „sozialchauvinistisch“ und „rechts-nationalistisch“ bezeichnet.

*(Von Rechtskonservativer Denker)*

Der Kreisverband Alzey-Worms der SED haut in seiner Buchbeschreibung gleich richtig auf den Putz:

*„Das Besetzen von linken Begriffen wie Direkte Demokratie und*

*Alternative Bewegung ist dabei nicht nur als rechte Diskurspiraterie zu interpretieren, sondern als neue politisch-praktische Strategie“.*

Diskurspiraterie ist als Begriff sehr interessant, der auf eine Partei angewandt wird, die erst kürzlich gegründet worden ist und noch an keiner einzigen Wahl teilgenommen hat.

Und dass die „Direkte Demokratie“ ein linker Inhalt sein soll, ist das Sahnehäubchen der unverfrorenen Verlogenheit dieses ekelhaften roten Pöbels.

Soweit ich mich erinnere, versuchen Linke ständig, souveräne Staaten in supranationalen Superstaaten (siehe EUdSSR) aufzulösen und ihre letzte Selbstbestimmung aufzuopfern. Und in den sozialistischen Experimenten der DDR zum Beispiel kann von Demokratie keinerlei Rede sein. Dort wurde alles, das im Verdacht stand, antisozialistisch ausgerichtet zu sein, mit der Repression der Staatsgewalt unterdrückt oder weggesperrt. Von demokratischen Bewegungen von 1789 oder 1848 braucht uns die SED nichts zu erzählen.

Und dieser Schmierfinken Kemper ist laut des selben Artikels dieses SED-Kreisverbands bei Wikipedia aktiv.

*„Seit 2005 ist er bei Wikipedia im Themenbereich Diskriminierung aktiv. Er schreibt an einer Doktorarbeit zum Thema „Klassismus.“*

Dies erklärt umso deutlicher, dass Wikipedia mehr und mehr im roten Sumpf versinkt, oft vermeintlich objektiv schreibt und zum Angriff auf die individuelle Bildung bläst. Diesem Schreiberling wird es kaum gelingen, seine schmierige rote Denke aus den (offiziell) nicht meinungsbildenden Wikipedia-Artikeln rauszuhalten.

Die Quelle des Ganzen offenbart ebenso Interessantes in Sachen Demokratiefeindlichkeit:

Die [Grüne Jugend Göttingen](#) solidarisiert sich auf der Seite, auf der sie von Kempers Kommunisten-Pamphlet berichtet, mit der Antifa-Kampagne „Alles muss man selber machen“ und somit mit politischer Gewalt.

Siehe auch:

» Eussner: [Schmutzkampagne der WELT](#) gegen AfD ([Fortsetzung](#))

---



## Québec: Protest gegen Verbot religiöser Symbol



Tausende Menschen haben am Samstag gegen ein von der Regierung der kanadischen Provinz Québec geplantes Verbot religiöser Symbole im öffentlichen Dienst demonstriert. Bei den Demonstranten handelte es sich [hauptsächlich um Muslime](#). Das geplante Verbot umfasst das Tragen von [Kopftüchern, Hijabs, Turbanen, überdimensionierte Kreuzen und Kippas](#). Mit diesem Verbot soll der Laizismus nach dem Vorbild Frankreichs verteidigt werden. Ein „Bündnis gegen Islamophobie“, das zu der Demonstration aufgerufen hatte, kündigte an, [gegen das Verbot vor Gericht zu ziehen](#).

Einwanderungsminister Jason Kenney warnte davor, dass die Maßnahme die Teilnahme kanadischer Bürger am öffentlichen Leben und der Ausübung ihres Glaubens einschränken könnte.  
(ph)

---



## Warum Rot-Rot-Grün nicht kommen kann



Im keifenden Kampf gegen die oppositionelle Alternative für Deutschland (AfD) beschwören Union und FDP immer wieder das Schreckgespenst Rot-Rot-Grün, einer Koalition des Horrors aus unfähiger SPD, DDR-beseelten Kommunisten von der Linkspartei und bevormundenden Pädagogischen Grünen. Mit dieser Strategie sollen ängstliche Konservative und Bürgerliche doch noch davon abgehalten werden, statt Union und FDP die AfD zu wählen. Eine perfide Rechnung, die bei uninformierten Zeitgenossen möglicherweise aufgehen könnte.

*(Von Étienne Noir)*

Dass tatsächlich in der Realpolitik nur noch oberflächlich in

Nuancen in allen relevanten Themenfeldern Unterschiede zwischen den Berliner Kartellparteien besteht, die Linkspartei sei hier in Teilen ausgenommen, versuchen die mit vielen Millionen aus dem Steuersäckel finanzierten Altparteien mit inhaltsleeren Plakaten und stupiden Phrasen unter den Teppich zu kehren. Doch bei dieser Wahl könnte das Täuschungsmanöver zumindest in Teilen misslingen. Mit der Alternative für Deutschland könnte erstmals auf Anhieb eine Oppositionspartei die Hürde überspringen und in das Parlament einziehen. Ein historisches Novum in der Bundesrepublik.

Doch warum kommt die Angstkoalition Rot-Rot-Grün nicht? Sind da etwa wesentliche Unterschiede zwischen den [Krieg-ist-Geil-Grünen](#) (Pädo-Politiker Daniel Cohn-Bendit: „Ich bin für Militärschläge, wenn eine geschlossene Front des Westens hinter ihnen steht...“) und der [Stinkefinger-SPD](#) („Proll-Peer schlägt wieder zu“) sowie den [Fidel-Castro-Fans](#) von der Linkspartei erkennbar? In wesentlichen Punkten ist die Richtung gleich oder sehr ähnlich. Manchmal geht es mehr um das „wie“ oder darum, wie schnell das Land an die Wand gefahren werden soll. In vielen Politikfeldern jedoch, wie bei der ruinösen Eurorettung oder der Planierung des Bildungssystems, passt kaum ein Blatt Papier dazwischen.

Anders sieht es beim Thema Krieg aus. Hier ist die Linke anders als SPD und Grüne nach wie vor dagegen. Doch sonst? Die Linke fordert mehr Mindestlohn als die anderen, der Verfassungsschutz soll ganz weg und die Rente mit 67 findet sie auch falsch. Reicht das, um Rot-Rot-Grün nicht auf die Beine zu stellen?

Das alleine sicher nicht. Doch es gibt noch viel wichtigere Gründe. Die Finanziere der SPD würden eine Beteiligung der Kommunisten nicht wollen. Das würde für die SPD das Ende von vielen lukrativen Schmiergeldern, auch [Großspenden genannt](#) und legal, bedeuten.

Beispiele: Der Versicherungsgigant Allianz ist der ganz große



Profiteur von der unter Rot-Grün eingeführten Riester- und Rüruprente und spendete der SPD mehrfach über 100.000 Euro. Als die Riesterrente im Jahr 2001 eingeführt wurde, spendete die Allianz 127.823 Euro und 2002 weitere 125.000 Euro an die SPD. 2005 ging die weniger bekannte Rüruprente an den Start. Geld floss weiterhin. Ab 2003 wurden der SPD von der Allianz jährlich rund 60.000 Euro gezahlt. Die Allianz spendet nicht nur der SPD. Mit Ausnahme der Linken erhalten alle Parteien, die Gesetze zu Gunsten der Versicherungswirtschaft erlassen haben, satte Spenden. Lediglich die CDU bekam von der Allianz etwas mehr Geld zugewiesen. Die Allianz spendet sicherlich nicht aus Nächstenliebe oder weil die Politik für Volk und Land so gut ist. Solche Spenden ergehen für die politische Landschaftspflege. Ein global agierendes Unternehmen kann da keine umstürzlerische Linkspartei in der Regierung gebrauchen.

Andere Großspender sind beispielsweise die Daimler AG mit rund 1.83 Millionen für die SPD. Flexible Zeit- und Leiharbeit lassen dank Arbeits- und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement von der SPD grüßen. Die SPD profitiert bei Daimler ganz besonders und liegt auf Platz 1. Mit Ausnahme der Linken wurden auch alle anderen Bundestagsparteien bedacht. Im Jahr 2002 legte Peter Hartz mit SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder die sogenannten „Hartz-Gesetze“ vor. Mit Hartz I, Beginn 01.01.2003, wurde die Leiharbeit und Zeitarbeit ausgebaut. Daimler spendete 2002 satte 211.143 Euro an die SPD. Das sind sicher keine Zufälle. Der Zockerverein Commerzbank sei auch als Beispiel genannt. Die Bank greift nicht nur unverschämt bei den Überziehungszinsen ihrer Kunden zu, nein, sie zockt(e) auch weltweit und musste am Ende vom Steuerzahler mit 18,2 Milliarden Euro im Januar 2009 (Peer Steinbrück war SPD-Finanzminister unter Merkel) gerettet werden. Das Dankeschön bekam nicht der Steuerzahler, sondern die Parteien. Im Jahr 2008 war schon öffentlich geworden, dass die Commerzbank sich mit Giftpapieren, beispielsweise der toxischen Dresdner Bank, übernommen hatte. Dennoch hatte die Commerzbank 2008 noch genug Geld, um der SPD 100.000 Euro zu spenden. Lediglich die

CDU bekam mehr. Die Linken gingen hingegen auch hier leer aus.

Der Rüstungskonzern Rheinmetall hat 59% seiner Spenden an die SPD verteilt. 41% gingen an die CDU. Andere Parteien wurden nicht beschenkt. Ende 2001 beschloss der Bundestag unter Rot-Grün und gegen die Stimmen der Linkspartei (damals PDS) den Krieg in Afghanistan. Seit Anfang 2002 ist die Bundeswehr dort im Einsatz. Im Jahr 2002 spendet der Rüstungskonzern 20.000 Euro an die SPD. Ob die Spende auch gekommen wäre, wenn SPD-Schröder nicht zum Krieg getrommelt hätte? Wie auch immer, die SPD hat es leicht: Es sterben ja die Soldaten der Bundeswehr und nicht die Mitglieder der Fraktion der SPD.

Die Liste der SPD-Gönner ließe sich noch lange fortschreiben. Bei den Grünen sieht es im übrigen nicht anders aus. Auch hier spendete die Allianz großzügig ebenso wie der Kaffeevermarkter Tchibo oder auch die Commerzbank oder der Arbeitgeberlobbyist Südwestmetall. Genannt werden müssen auch diverse Unternehmen, die von der sogenannten „Energiewende“ reichlich profitieren. Es zahlt ja der Steuerzahler.

Zu erwähnen bleibt, dass die Linkspartei keine Spenden von Großkonzernen erhalten hat. Die Partei muss man nicht mögen, aber der Lobbyvorwurf, den man den anderen im Bundestag vertretenen Parteien machen kann, verfängt hier nicht. Die Wirtschaftsbosse werden sich mit Sicherheit nicht von einer Linkspartei in die Suppe spucken lassen und mit den entsprechenden Geldgeschenken SPD und Grüne auf Kurs halten. Nach der Bundestagswahl dürfte eine Koalition aus CDU und SPD am wahrscheinlichsten sein. Diese gibt es bei den relevanten Themen wie der Eurorettung und der Bankenrettung jetzt schon. Sie würde dann nur offiziell. Peer Steinbrück und Angela Merkel sind keine Gegner. Sie sind sich in sehr vielem sehr ähnlich und die Meinungsunterschiede sind marginal.

Damit bleibt die Stimmungsmache von FDP und Union vor Rot-Rot-Grün was sie ist: reine Panik, um Wähler zu ängstigen und vor einer Stimmabgabe für die Opposition, der Alternative für

Deutschland, abzuschrecken.

---

# Gespräch aus der DDR-Planwirtschaft

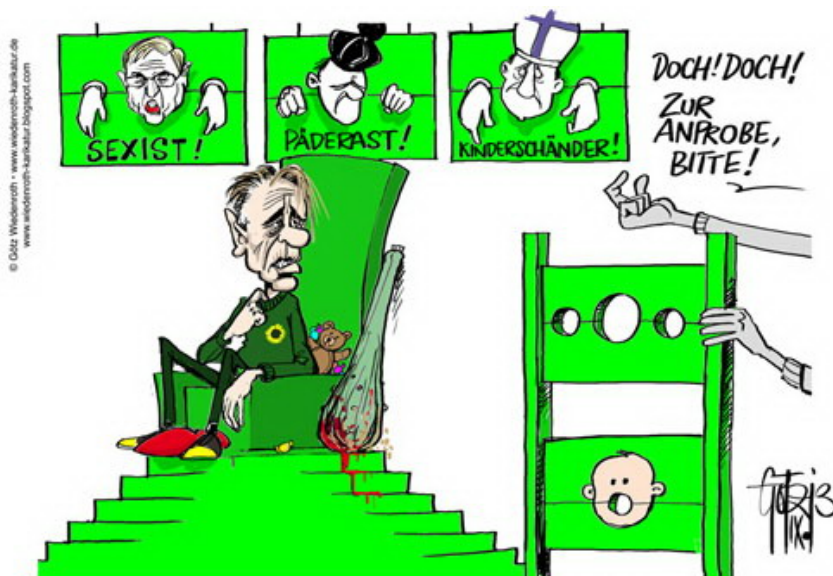
*Im Zentralarchiv der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) lagert reichlich aufschlussreiches Material, das die Erinnerungen und Mahnungen an das sozialistische Experiment in Ostdeutschland noch heute wach halten könnte. Die Protokolle und Tätigkeitsberichte der Staatsdiener geben immer wieder auch den Blick auf den Lebensalltag in der DDR frei. Sie müssen nur gelesen werden... Darum: lesen Sie die Unterhaltung am [Ende dieses EF-Artikels](#). Er zeigt, wohin Planwirtschaft führt. Und genau die wird bei uns immer stärker eingeführt. Wir sind schon lange kein Land der freien Marktwirtschaft mehr.*

---



**Auch der grüne Trittin war**

# für Kindersex



Neues Möbelstück im Grüngutmenschen-Thronsaal

Der grüne

Päderasten-Skandal wird immer größer. Nun gerät auch der Öko-Spitzenkandidat Jürgen Trittin unter Druck. Er hat 1981 ein Programm unterstützt, das Sex mit Kindern unter Umständen straffrei stellen sollte. Trittin bedauert sein Handeln, die Partei sei dazu gedrängt worden. Soso! Aber die Wahrheit läßt man heute nur stückchenweise ans Tageslicht. Von selbst kommt nichts aus dem linksgrünen Sumpf!

(Karikatur: Wiedenroth)